

„Vernünftige Utopie“

20 Jahre Menschenrechtskommission: geschärftes Bewusstsein, aber viel zu tun

LUXEMBURG

CHRISTIAN BLOCK

Ganze 20 Jahre nach ihrer Gründung stellt die beratende Menschenrechtskommission ein schärferes Bewusstsein für Menschenrechtsbelange in Luxemburg fest. Es sei noch nie so viel über Menschenrechte diskutiert worden wie in den vergangenen Jahren, erklärte der Präsident der „Commission consultative des droits de l'Homme“ (CCDH), Gilbert Pregno, gestern zum Anlass des Internationalen Tages der Menschenrechte. Doch auch nach rund 115 Gutachten in zwei Jahrzehnten und einem über die Jahre gesteigerten Output an Stellungnahmen und Berichten, die nach Einschätzung Pregnos im politischen Diskurs stärker wahrgenommen werden, bleibt dennoch viel zu tun. Die Problematik des Menschenhandels ist eine davon. Es sei „in diesem Bereich viel geschehen“, und doch „bleiben Probleme, über die wir immer wieder stolpern“ wie den Ressourcenmangel bei Polizei und Hilfsdiensten für Opfer von Menschenhandel. Der in Ausarbeitung befindliche dritte Bericht der CCDH wird ohne Zweifel noch weitere Schwachstellen offenlegen. Die Kommission arbeitet zudem an einer Studie zu bioethischen Themen wie die künstliche Befruchtung oder die Aufbewahrung von Embryonen.

Unternehmen und Menschenrechte:

Regierung muss nachlegen

„Unzufrieden“ ist die Menschenrechtskommission über die mangelnde Bereitschaft der Regierung, Unternehmen beim Thema Menschenrechte in die Pflicht zu nehmen - auch wenn sie die Kandidatur des Landes auf einen Sitz im UN-Menschenrechtsrat unterstützt. Allgemein bezeichnete Pregno den Einsatz für die Menschenrechte als eine „vernünftige Utopie“. Große Hoffnungen setzt die CCDH auf das neue Jugendschutzkonzept. Pregno hofft darauf, dass Jugendliche künftig nicht mehr in der „Unité de Sécurité“ (UNISEC) eingesperrt werden, wenn sie keine Straftat begangen haben und Minderjährige nicht mehr im Erwachsenengefängnis landen können. Eine Kompetenzerweiterung für den Ombudsman unterstützt die CCDH ebenfalls. Die Institution soll die Möglichkeit bekommen, alle Einrichtungen kontrollieren zu können, deren Einwohner in irgend einer Form von Dritten abhängig sind, Altenheime etwa oder Institutionen für Menschen mit einer Behinderung.

„Mehr als zweifelhaft“ ist in den Augen der CCDH die Zusammensetzung der „Commission consultative d'évaluation de l'intérêt supérieur des mineurs non accompagnés“. Visiert ist der Umstand, dass ein

Vertreter des Außenministeriums in einem Gremium vertreten ist, das den Außenminister beraten soll.

Pregno erinnerte ebenfalls daran, dass es die Benachteiligten sind, die am stärksten unter der Pandemie leiden. Rund 1.000 Personen im Land seien nicht medizinisch abgesichert.

Der CCDH-Präsident blickte gestern ebenfalls auf die nicht unbedingt rosige internationale Lage zurück. In vielen Konfliktgebieten würden Frauen Opfer von sexueller Gewalt und Kinder an die Front geschickt. Im Jemen riskiere, eine ganze Generation von Kindern nicht zu überleben. „Mehr Kinder sterben in diesen Kriegen als Soldaten“, bemerkte Pregno. Mit Bezug auf den kürzlich auf EU-Ebene durchgesetzten

Magnitsky Act“ zur Ahndung von Menschenrechtsverletzungen warf Pregno die Frage auf: „Was macht die EU denn jetzt mit Polen und Ungarn, die Menschenrechte mit Füßen treten?“. Er erwarte sich auch, dass der chinesische Präsident für die Repression der Uiguren mit Sanktionen belegt wird. ●

„Was macht die EU denn jetzt mit Polen und Ungarn, die Menschenrechte mit Füßen treten?“

GILBERT PREGNO Präsident der beratenden Menschenrechtskommission